

Libyen - Kurzbriefing

Kinder auf der Flucht: Rechtliche Unsichtbarkeit, Inhaftierung und erzwungene Rückkehr (2020-2025)

Zentrale Entwicklungen

Libyen ist seit 2011 politisch fragmentiert; staatliche Kontrolle und Schutzstrukturen funktionieren nur rudimentär. Daraus entstehen de facto rechtsfreie Räume, in denen geflüchtete und migrierte Kinder besonders verletzlich sind: rechtlich unsichtbar, ohne sicheren Zugang zu Bildung, Gesundheit und sozialen Rechten, von Ausgrenzung, Ausbeutung und teilweise Inhaftierung betroffen. Nach aktuellen Daten der International Organization for Migration (IOM) waren zwischen Mai und Juli 2025 rund 894.890 Migrant:innen in Libyen registriert, darunter etwa 7 % begleitete und 4 % unbegleitete Kinder. Viele dieser Kinder verfügen über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus oder Dokumente.

Eingeschränkter zivilgesellschaftlicher Handlungsspielraum

Die libysche Organisation [REDACTED], lokaler Kooperationspartner von Terre des Hommes Deutschland, setzt sich unter schwierigen Bedingungen für geflüchtete Kinder und ihre Familien in Libyen ein. Das Land ist laut dem "Atlas der Zivilgesellschaft" als „unterdrückt“ eingestuft, lokale und internationale Organisationen sind von Suspendierungen betroffen, wie jüngst 2025. Insbesondere die Unterstützung von Geflüchteten und Migrant:Innen wird von staatlichen libyschen Akteuren als „unzulässiger Versuch der dauerhaften Ansiedlung“ eingestuft. [REDACTED]

Die wichtigsten kinderspezifischen Erkenntnisse im Kontext von Flucht sind

- **Inhaftierung von Kindern**
Kinder werden regelmäßig gemeinsam mit Erwachsenen inhaftiert, etwa nach Kontrollen oder auf See. Schutzmechanismen, Altersfeststellung und Vormundschaftssysteme fehlen. Allein 2025 dokumentierte [REDACTED] über 1.700 inhaftierte Kinder, teils unter Gewalt, Missbrauch und psychischer Belastung. UNHCR, Human Rights Watch und Amnesty International berichten wiederholt über fehlende Schutzmechanismen und schwerste Menschenrechtsverletzungen in Haftanlagen, die auch Minderjährige betreffen.
- **Fehlende rechtliche Identität und Schutzlücken**
Libyen erkennt kein Asylsystem an, viele Kinder verfügen über keinen anerkannten Aufenthaltsstatus. Laut UNHCR waren bis April 2025 über 88.000 Geflüchtete registriert, weitere bleiben unregistriert. Rechtliche Unsichtbarkeit führt zu Ausgrenzung und erhöhtem Risiko von Festnahmen, Haft und Missbrauch.

- **Eingeschränkter Zugang zu Bildung**
Bildung ist meist nur mit gültigem Aufenthaltsstatus möglich, hohe Kosten schließen viele Kinder aus. Über 58 % der Kinder haben keinen Zugang zu Schule, unter sub-saharischen Migrant:Innen sind es 78 %.
- **Stark eingeschränkter Zugang zu Gesundheitsversorgung**
Viele Familien, insbesondere Kinder, erhalten keinen kontinuierlichen Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung, Krankenhäuser verweigern oft Behandlung ohne Aufenthaltsstatus – auch in Notfällen.
- **Armut und Kinderarbeit**
Ohne gesicherten Aufenthaltsstatus haben Eltern kaum Zugang zum Arbeitsmarkt. Kinder werden oft in informellen Tätigkeiten beschäftigt, was Armut, Ausbeutung und gesundheitliche Risiken verstärkt.
- **„Freiwillige Rückkehr“ unter Zwang**
Rückführungen erfolgen überwiegend aus Haftsituationen. 2025 wurden über 23.500 Migrant:innen im zentralen Mittelmeer abgefangen und nach Libyen zurückgebracht, darunter Kinder. Die Rückkehr erfolgt unter erheblichem Druck; von Freiwilligkeit kann kaum gesprochen werden.
- **Unbegleitete und getrennte Minderjährige**
Für unbegleitete Kinder existiert kein funktionierendes Schutzsystem. Staatliche Einrichtungen nehmen sie meist nicht auf. Sie sind besonders gefährdet durch Gewalt, Menschenhandel und Ausbeutung und auf informelle Netzwerke angewiesen.



Politische Einordnung und Rolle der EU

Die Situation in Libyen ist geprägt von systematischen Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kindern auf der Flucht. Staatliche Schutzmechanismen für migrantische Kinder existieren faktisch nicht, und Praktiken wie Inhaftierung und erzwungene Rückkehr widersprechen internationalen Kinder- und Menschenrechtsstandards.

Die Europäische Union trägt durch ihre Kooperation im Bereich Grenzmanagement zur aktuellen Lage bei. Unterstützung bei Abfangmaßnahmen sowie im Bereich Kontrolle und Inhaftierung führt dazu, dass Kinder in Systeme zurückgeführt werden, in denen ihnen systematisch Rechte verwehrt bleiben.